

**Gedenkrede von Bürgermeister André Dora
zum Volkstrauertag am 16. November 2025**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir versammeln uns heute am Volkstrauertag – diesem stillen, schweren Tag des Gedenkens. Es ist der Tag, an dem wir derjenigen gedenken, die in Krieg und Gewaltherrschaft ihr Leben verloren haben:

Wir denken nicht nur an Soldatinnen und Soldaten, Zivilistinnen und Zivilisten, Frauen und Männer, Alte und Kinder, Menschen, die verfolgt wurden wegen ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens, ihrer politischen Überzeugung oder ihrer sexuellen Orientierung. Unser Gedenken gilt allen, die entrechtet, vertrieben, gefoltert und ermordet wurden.

Unser Gedenken ist umfassend — es ist ein Gedenken der Menschlichkeit. Keiner ist weniger wert, nur weil die Geschichte ihm übel mitgespielt hat.

Der Volkstrauertag ist ein Tag, an dem die Vergangenheit zu uns spricht. Er ruft uns die Namen, die Schicksale und die Bilder zurück, die wir nie wiedersehen möchten: brennende Städte, zerstörte Häuser, hungernde Kinder, Frauen, die weinen, Männer, die verzweifelt nach Angehörigen suchen.

Doch dieses Gedenken ist nicht allein Rückschau. Es ist zugleich Mahnung und Verpflichtung gegenüber der Gegenwart und der Zukunft.

Die Gegenwart macht unser Gedenken schwer. In den letzten Monaten und Jahren ist die Lage in der Welt komplizierter und gefährlicher geworden. 2024 wurden mehr als 120 bewaffnete Konflikte registriert, an denen über 60 Staaten und 120 nicht staatliche bewaffnete Gruppierungen beteiligt sind. Diese Zahl muss uns alarmieren. Zumal die Anzahl der bewaffneten Konflikte seit den 1990er-Jahren konstant gestiegen ist, wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz feststellt.

Was wir sehen, ist nicht nur Statistik, nicht nur eine Zunahme von Auseinandersetzungen, sondern auch eine Zunahme an Leid, Elend und menschlichem Zerbrechen: Millionen Menschen werden vertrieben, Ernten

misslingen, ganze Regionen leiden unter Not und Hunger, die medizinische Versorgung bricht zusammen selbst kleinere Verletzungen oder Erkrankungen können nicht mehr richtig medizinisch versorgt werden.

Die hohen Zahlen von Geflüchteten und Binnenvertriebenen sind nicht abstrakte Kennziffern — sie stehen für Menschen mit Namen, für Kinder, die nicht zur Schule gehen können, für Mütter, die verzweifelt um Nahrung für ihre Kleinen ringen. Das Ausmaß der humanitären Not ist ein Appell an die internationale Gemeinschaft und auch wir als Kommune sind gefordert.

In Europa erleben wir seit einigen Jahren wieder Krieg in großem Ausmaß. Russland führt einen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine; Städte und Dörfer werden zerstört, die Zivilbevölkerung zahlt einen hohen Preis für die Sehnsucht nach Freiheit und Demokratie.

Es wirkt so, als sei diese Gewalt getrieben vom politischen Anspruch, Grenzen neu zu formen und Einflusszonen zu vergrößern — einer Politik, die das Streben nach einem vergangenen Großmachtstatus bedienen will.

Ganze Landstriche werden dem Erdboden gleichgemacht, Millionen Menschen fliehen ins Ausland oder werden innerstaatlich vertrieben. Die Gräueltaten, die wir heute aus der Ukraine sehen, sind die lebendige Erinnerung daran, wie schnell sich ein Nachbarland in ein Kriegsgebiet verwandeln kann.

Viele Menschen in unserem Land erleben angesichts dieser Bedrohungen Ohnmacht: Nachrichten über Eskalationen, Drohnenangriffe, Angriffe auf die zivile Infrastruktur, Berichte über Flüchtlingsströme und humanitäre Notlagen lösen Ratlosigkeit und Lethargie aus. „Was kann ich schon tun?“ fragen sich viele.

Diese Frage ist verständlich — und führt uns zugleich in die Irre. Denn Demokratie und Frieden leben nicht von der großen staatlichen Einzelaktion allein, sondern im gleichen Maße von der Summe kleiner Entscheidungen: vom Engagement in Vereinen, von solidarischem Handeln in der Nachbarschaft, von der Teilhabe am politischen Diskurs, von der Unterstützung jener, die zu uns fliehen.

Kriege bringen Hunger, Entbehrung, Elend und unermessliches menschliches Leid. Sie entstellen nicht nur Landschaften und Städte, sie deformieren Leben. Krieg ist

nicht heldenhaft, so wie er in manchen Filmen oder heroischen Legenden erscheint. Er ist schmutzig, brutal und gleichbedeutend mit dem Verlust jeder Würde. Er zerstört Lebensentwürfe, macht Seelen krank und hinterlässt Narben, die Generationen verfolgen. Das gilt für die großen Schlachten ebenso wie für jene Konflikte, die leise in Gesellschaften zehren.

Vor 80 Jahren, im Frühjahr 1945, wurde auch unsere Stadt schwer getroffen. Die Menschen lebten monatelang in Verdunkelung und Alarmbereitschaft; zahllose Luftalarme raubten ihnen den Schlaf, ihre nötigsten Habseligkeiten standen gepackt, stets bereit, in den nächsten Luftschutzkeller getragen zu werden.

Die Bombenangriffe von März 1945 trafen unsere Stadt besonders hart; viele Menschen verloren ihr Leben, viele Häuser und Betriebe wurden zerstört, die Infrastruktur schwer beschädigt. Es waren Tage und Nächte voller Unsicherheit, Angst und Verzweiflung.

Auch die Zeit nach dem Krieg war noch lange von größten Entbehrungen geprägt: Hunger, Krankheit und Wohnungsnot bestimmten den Alltag vieler Familien. Viele Kriegskinder von damals erinnern sich heute noch an den landläufigen Spruch, dass mehr Augen in die Suppe hinein-, als herauschauten, weil das wichtige Fett fehlte. Essen, das für uns heute so alltäglich und selbstverständlich ist, war knapp.

Doch schon bald begann der mühsame Wiederaufbau. Männer und Frauen, die das Schicksal hart getroffen hatte, legten Hand an, bauten Häuser wieder auf, richteten Betriebe neu ein, organisierten das tägliche Leben trotz der schweren Mangellage. Diese Kraft des Wiederaufbaus war Ausdruck einer Haltung:

Was zerbrochen ist, kann wieder zusammengefügt werden — wenn Menschen zusammenhalten und in die Zukunft blicken.

Nüchterne Zahlen und Fakten mögen uns heute als ferne historische Daten erscheinen, doch sie sind es, die uns lehren: Von den mehr als tausend Fliegeralarmen in unserer Region, von den vielen Todesopfern, von Bunkerbau und Verdunkelung bis hin zu den Strapazen der Nachkriegsjahre — all das ist die Wirklichkeit jener Generationen, deren Last uns mitgeprägt hat. Diese Erinnerung an Verwüstung und den anschließenden Wiederaufbau muss uns wachsam machen.

Sie mahnt uns, Frieden nicht als gegeben hinzunehmen, sondern ihn als ein Gut zu begreifen, das wir täglich pflegen müssen.

Vor diesem Hintergrund nehmen jüngste politische Entwicklungen eine besondere Brisanz an, weil sie jene Instrumente wieder in die Diskussion bringen, die das Potenzial haben, Folgen von unvorstellbarem Ausmaß auszulösen. So hat der Präsident der Vereinigten Staaten angeordnet, die Testtätigkeiten an nuklearen Waffensystemen wieder aufzunehmen: „Wegen der Testprogramme anderer Länder habe ich das Kriegsministerium angewiesen, mit den Tests unserer Atomwaffen auf gleicher Basis zu beginnen.“

Dies löste umgehend Reaktionen in Moskau aus, wo entsprechende Gegenmaßnahmen angekündigt wurden.

Solche Ankündigungen und Gegenerklärungen haben das Potenzial dazu zu führen, dass die Atmosphäre der Abschreckung in eine gefährliche Spirale mündet und ein Tabu gebrochen wird: Jahrzehntlang waren physische Explosionstests und weitere Phasen des Wettrüstens geächtet.

Wenn das internationale Klima wieder von verdeckten und offenen Drohungen geprägt wird, dann steigt auch das Risiko für Städte und Regionen, die sich eigentlich in Sicherheit wähnten. Atomwaffen sind keine abstrakte Machtdemonstration; sie sind Massenvernichtungswaffen, deren Einsatz unvorstellbares Leid und langfristige Verstrahlung bedeuten würde.

Die internationale Staatengemeinschaft hat über Jahrzehnte versucht, ein System zu etablieren, das solche Tests und den weiteren Ausbau von Atomwaffen eindämmt. Jede Entwicklung, die dieses System untergräbt, ist ein Schritt zu weiter wachsender Unsicherheit.

Es ist äußerst verhängnisvoll, wenn autokratische Regime Menschenrechte mit Füßen treten und das Leben der Bürgerinnen und Bürger zum Spielball ihrer strategischen Ambitionen machen.

Solche Mächte nehmen es billigend in Kauf, dass Menschen als Kanonenfutter verheizt werden – auch wenn es die eigenen Mitbürgerinnen und Mitbürger sind.

Dagegen stehen bei uns die demokratische Ordnung, die parlamentarische Kontrolle und der Rechtsstaat: In Deutschland ist die Bundeswehr eine Parlamentsarmee: Grundlegende Entscheidungen über den Einsatz deutscher Soldatinnen und Soldaten im Ausland trifft der Deutsche Bundestag.

Dieses Verfahren schützt uns vor Willkür und Machtmissbrauch und ist Ergebnis einer bitteren historischen Lehre.

Doch Demokratie ist kein Schutzwall, der selbstverständlich ist und für immer robust bleiben muss. Unsere Demokratie lebt von der Wachsamkeit ihrer Bürgerinnen und Bürger, von der Bereitschaft, für Menschenrechte einzutreten, für freie Medien, für eine lebendige Zivilgesellschaft.

Wenn Ausgrenzung, Hetze und autoritäre Tendenzen wieder lauter werden, dann müssen wir als Gemeinschaft, als Stadtgesellschaft, gemeinsam mit Vereinen und Verbänden dagegenhalten.

Das Thema Ausgrenzung hat sich eine so genannte Partei explizit auf die Fahne geschrieben, indem sie offen von Remigrationsplänen für einen großen Teil von uns spricht. Das sollte uns alarmieren.

Das sollte uns alle alarmieren – auch wenn wir keinen Migrationshintergrund haben. Denn die Frage ist ja: Wo hört der Menschenhass der Neurechten auf? Oder entsorgen sie – so geht ja ihr Sprachjargon – Personen gleich mit, die eine andere Meinung haben oder einfach nicht in ihr verwirrtes Menschenbild passen?

Wir sollten die Äußerungen aus der rechten Ecke ernst nehmen. Sehr ernst. Vor allem dann, wenn eine zentrale Figur der Rechtsextremisten meint, dass wir „um eine Politik der 'wohltemperierten Grausamkeit' ... nicht herumkommen“ und sagt, dass „sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.“

Ein praktisches Beispiel dafür, wie Kommunalpolitik Verantwortung übernehmen kann, ist die Initiative „Mayors for Peace“. Diese internationale Städteinitiative wurde 1982 auf Initiative des damaligen Bürgermeisters von Hiroshima gegründet. Sie beruht auf der Überlegung, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die

Verantwortung für die Sicherheit und das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger tragen.

Städte, die sich international zusammenschließen, können gemeinsam besser Aufklärung leisten. Sie können Erinnerungsarbeit fördern und auch gemeinsam Druck ausüben auf die Atommächte. Als Bürgermeister unserer Stadt bin ich Mitglied in diesem großartigen Netzwerk — nicht, um nationale Politik zu ersetzen, sondern um als Stimme der Kommunen für Abrüstung und Frieden einzutreten.

Doch was können wir konkret tun?

Erstens: Erinnern und lehren. Unsere Schulen, Jugendzentren und kulturellen Einrichtungen müssen die Geschichte lebendig halten; Zeitzeugenberichte, lokale Archive, Schulprojekte helfen jungen Menschen, die Dringlichkeit von Frieden zu verstehen. Bildung ist Waffe gegen Vereinfachung, gegen Gleichgültigkeit und Hetze.

Zweitens: Solidarisch handeln. Wir können Hilfsaktionen initiieren, Partnerschaften mit Städten eingehen, die unter Krieg leiden, Patenprojekte für Geflüchtete unterstützen und so konkrete Hilfe leisten. Die lokale Aufnahme von Menschen in Not, die Bereitstellung von Sprachkursen, psychologischer Betreuung und Wohnraum sind ganz praktische Wege, um unser Humanitätsversprechen einzulösen.

Drittens: Kommunalpolitisch aktiv werden. Durch Teilnahme an städtischen Bündnissen, durch Mitarbeit in zivilgesellschaftlichen Initiativen und durch das sichtbare Eintreten für Menschenrechte senden wir ein Signal gegen Gewalt und für Zusammenhalt. Unsere Stadt kann in Netzwerken – wie den „Mayors for Peace“ – mit anderen Städten auf nationaler und internationaler Ebene wirken — als Stimme der Vernunft und als praktische Helferin.

Aus diesem Grund ist unsere Stadt vor Jahren dem Riga-Komitee beigetreten, mit dem das Andenken an die während des Holocaust in Riga ermordeten jüdischen Menschen lebendig gehalten werden soll. Außerdem bin ich als Bürgermeister dem Städtenetzwerk des „American Jewish Committee“ beigetreten: den „Mayors United Against Antisemitism“.

Vieles mag uns bedrückend erscheinen, doch wir sollten nicht klagen. Stattdessen sollten wir handeln. Und das heißt: Erinnerungskultur fördern, Bildungsangebote stärken, humanitäre Hilfe leisten und politisches Bewusstsein schärfen.

Jede Unterstützungsaktion, jede pädagogische Initiative, jede Stunde des gemeinsamen Redens ist ein Baustein für einen stabilen Frieden.

Die Erinnerung an Datteln im Krieg zeigt uns, dass Frieden nicht selbstverständlich ist und wie mühsam der spätere Wiederaufbau ist. Sie zeigt aber auch die Kraft der Menschen, die in schwersten Zeiten zusammengehalten und ein neues Land aufgebaut haben.

Wir schulden es den Opfern, aus dieser Erfahrung zu lernen: Nie wieder dürfen Hass und Ausgrenzung die Oberhand gewinnen. Nie wieder dürfen Machtinteressen über Menschenleben gestellt werden.

Zum Schluss: Wenn wir heute am Ehrenmal unsere Kränze niederlegen, dann geschieht das in Trauer und in Dankbarkeit. Trauer um diejenigen, die ihr Leben verloren haben. Dankbarkeit für die, die anderen Menschen geholfen, Ihre Mitmenschen getröstet und ihre Stadt wieder aufgebaut haben.

Zugleich ist das Gedenken ein Versprechen: Wir werden nicht vergessen. Wir werden die Lehren ziehen. Wir werden als Stadt Haltung zeigen — im Kleinen wie im Großen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am heutigen Volkstrauertag erinnern wir auch an die Millionen Opfer von Terror und Gewaltherrschaft. Und wir gedenken derer, die für ihre demokratische Überzeugung gestorben sind, für ihren mutigen Kampf und Widerstand, für ihre Vision von einem Leben in Freiheit in einem demokratischen Rechtsstaat.

Nicht Verschweigen oder Verdrängen, sondern die Erinnerung an das Geschehene bereitet den Weg zur Versöhnung, die Erinnerung an das, was an Unheilvollem geschehen ist. Daran sollten wir uns halten. In unserem Sinne und im Sinne aller anderen Menschen.

Frieden zu stiften und zu erhalten ist der Auftrag des Volkstrauertages.

Ich danke Ihnen! Und wünsche Ihnen allen einen guten Nachhauseweg und weiterhin einen friedlichen Sonntag!